

## **P R E S S E E R K L Ä R U N G**

Sinti und Roma

---

### **Zentralrat reicht 51 Beschwerden beim Deutschen Presserat ein**

Der Deutsche Presserat in Bonn erhielt heute Beschwerden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma gegen 46 Zeitungsartikel und fünf Agenturmeldungen aus den vergangenen zwölf Monaten. In allen 51 Fällen veranlassten Behörden, meistens die Polizei, dass die Presse Beschuldigte als Minderheitenangehörige kennzeichnete, obwohl es für das Verständnis des berichteten Tathergangs nicht erforderlich ist. Die 51 Artikel und Meldungen seien ein Verstoß gegen den Pressekodex und gegen die Richtlinien des Presserats für die publizistische Arbeit, heißt es in den Beschwerden.

Anlass für die heutige Beschwerdeaktion des Zentralrats ist der 71. Jahrestag des Erlasses von Hitlers Reichsminister Frick vom 7. Dezember 1935, mit dem er verlangte, "bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden die Rassenzugehörigkeit hervorzuheben." Der Nazi-Erlass richtete sich in der Praxis genauso gegen Sinti und Roma, und deutsche Behörden setzten bis heute diese Praxis fort, schrieb der Zentralrat in den Beschwerden. Aber im Rechtsstaat habe nur jeder einzelne für sich allein sein Fehlverhalten zu verantworten. Das Fehlverhalten dürfe deshalb nicht mit der ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheit, der ein Beschuldigter eventuell angehöre, in Verbindung gebracht werden. Die scheinbar nur "wahrheitsgemäße" Erwähnung der Minderheitenzugehörigkeit sei eine Diskriminierung, die nicht dem Verständnis des berichteten Tathergangs diene, sondern propagandistisch gegen die gesamte Minderheit wirke, schrieb der Zentralrat. Das mache der Nazi-Erlass von Frick deutlich.

Der Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom 23./24. Juni 2005, "dass ... bei behördlichen Mitteilungen über strafbare Handlungen und Tatverdächtige an die Medien jede Verwendung von Bezeichnungen unterbleibt, die einen Rückschluss auf die Zugehörigkeit einer Person zu den Sinti und Roma zulassen würde", müsse in ein gesetzliches Diskriminierungsverbot umgesetzt werden, fordert der Zentralrat. Denn Selbstkontrollgremien der Medien funktionierten meistens nicht. Und viele Behörden würden den Beschluss der IMK ignorieren und redeten oft von angeblich "reisender Sippe" oder "mobiler ethnischer Minderheit", damit die Presse die Kennzeichnung als Sinti und Roma vornehme, schrieb der Zentralrat an den Deutschen Presserat.